

Süddeutsche Zeitung: "Ein bisschen Mitbestimmung"

04.03.2005:

Süddeutsche Zeitung 04.03.2005 Seite 56 Bayern

Ein bisschen Mitbestimmung Bayern plant einen Schülerrat, die Befugnisse sind noch offen

Bayerns Schüler erhalten endlich eine eigene rechtlich legitimierte Vertretung. Noch in diesem Jahr soll eine Gesetzesänderung zugunsten eines Schülerrats in den Landtag eingebracht werden. Damit erreicht Bayern mit Verspätung bundesweites Niveau. Der Freistaat ist das letzte Land, das seinen Schülern eine solche Mitsprache verweigert. Die politischen Wirren der 68er Jahre waren Grund für die CSU, in dieser Frage nicht klein beizugeben. Eine Landesschülervertretung lehnte die Mehrheitsfraktion im Landtag kategorisch ab, da man befürchtete, ein solches Gremium könnte zur Ideologisierung der Schülerschaft genutzt werden.

Seit Monika Hohlmeier und Staatssekretär Karl Freller die Geschäfte im Kultusministerium führen, bröckelt jedoch die Front der Blockierer. Erste Zusagen gab es bereits vor vier Jahren. Seit vergangenem Sommer kommt nun richtig Bewegung in die Sache. Freller, der selbst einmal Redakteur einer Schülerzeitung war und jahrelang jugendpolitischer Sprecher der CSU, sagt, die Zeit ideologischer Auseinandersetzung sei vorbei: "Die Schüler sind heute pragmatischer als manche Lehrer." Seit einem Jahr verhandelt der Kultusstaatssekretär mit der Landesschülervertretung (LSV). Das ist ein privater Verein, der sich vor mehr als 20 Jahren gründete und sich aus den gesetzlich verankerten 16 Bezirksschülersprechern der Gymnasien zusammensetzt. Real- und Hauptschulen haben bislang keine schulübergreifende Vertretung.

Auf dem Schülerkongress "Basis 05" am kommenden Wochenende in Nürnberg will Freller das Konzept der Staatsregierung offiziell vorstellen. Die LSV hat ihre Vorstellungen bereits im Dezember schriftlich eingereicht. Die Schüler favorisieren ein basisdemokratisches Modell. So soll jede weiterführende Schule in Bayern künftig zwei Delegierte in einen Kreis- oder Stadtschülerrat entsenden. Davon gäbe es dann 96. Diese wiederum sollen 192 Abgeordnete für die Landesschülerkonferenz wählen. Aus deren Mitte würde ein siebenköpfiger Vorstand hervorgehen, der Landesschülerrat. Er verträte die Schüler der Haupt-, Real-, Berufsschulen und Gymnasien in Bayern. Wichtig ist der LSV auch ein eigenes Budget. Ihnen schwebt jährlich 150 000 Euro vor. Damit würden vor allem ein Büro und zwei hauptamtliche Kräfte finanziert.

Sitz soll in München oder Nürnberg sein, sagt Bezirksschülersprecherin Jana Gawlas aus Unterfranken. Über die Verwendung der Mittel wollen die Schüler frei verfügen - "damit steht und fällt unsere Autonomie." Zu Kompromissen ist man eher bei der Forderung nach einem allgemein politischen Mandat bereit. Das gibt

es bisher in keinem Bundesland - und wohl auch nicht in Bayern. Freller stellt sich unter dem Schülerrat jedenfalls etwas anderes vor. "Die Schüler sollen mitreden können, was an der Schule geschieht, und zu deren Weiterentwicklung beitragen." Offen ist aus seiner Sicht auch die Finanzfrage. Dass es 150 000 Euro sein werden, glaubt Freller eher nicht, räumt jedoch ein: "Zum Nulltarif ist die Mitbestimmung sicherlich nicht zu haben."

Ungeklärt ist auch, wie basisdemokratisch der Schülerrat verankert sein wird. Freller machte bislang nur klar, dass auch ihm an einem "breiten Fundament" gelegen sei, auf dem das Gremium steht. Genauer will er erst in Nürnberg mitteilen.

Christine Burtscheidt